

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Biodiversitätsforschung: Sozialwissenschaften unterrepräsentiert

Von Carmen Richerzhagen,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 20.05.2016

Biodiversitätsforschung: Sozialwissenschaften unterrepräsentiert

Bonn, 20.05.2016. Der 22. Mai wird als Internationaler Tag der biologischen Vielfalt gefeiert. Der rasante Verlust biologischer Vielfalt ist auf den Menschen zurückzuführen. Aber gerade Sozialwissenschaftler, die sich u.a. mit den Auswirkungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen auf die Umwelt auseinandersetzen, sind in der Biodiversitätsforschung unterrepräsentiert.

Klimawandel, die Zerstörung von Wäldern und wichtigen Lebensräumen, Verschmutzung und Übernutzung oder Wilderei tragen direkt zum Artenschwund bei. Indirekt üben noch andere Faktoren, Druck auf die Artenvielfalt aus. Zum Beispiel kann die steigende Nachfrage nach Fleisch nur durch die Gewinnung neuer Weideflächen und eine gesteigerte Produktion von Futtermitteln gedeckt werden. Natürliche Lebensräume und Biodiversitäts-Hotspots müssen weichen. Aber auch gut gemeinte Klimamaßnahmen, wie zum Beispiel der Anbau von Bioenergiepflanzen, können zum Verlust von Biodiversität beitragen, da sie große Landnutzungsänderungen erfordern.

Schätzungen zufolge verlieren wir bereits bis zu 2000 Arten pro Jahr. Und das ist nur eine grobe Schätzung, denn ein Großteil aller existierenden Arten wurde vermutlich noch gar nicht entdeckt. Insgesamt wissen wir immer noch wenig darüber, wie wir Biodiversität am besten schützen können und den politischen Akteuren mangelt es an Entscheidungshilfen.

2012 gründete die Staatengemeinschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen daher die *Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services*, kurz IPBES. IPBES ist ein zwischenstaatliches Gremium zur wissenschaftlichen Politikberatung, das sich mit Biodiversität beschäftigt – vergleichbar mit dem Weltklimarat IPCC. IPBES soll als Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft unabhängige, glaubwürdige Informationen über den Zustand und die Entwicklung der Artenvielfalt, über die Ursachen des Verlustes und über mögliche Handlungsoptionen auswerten, um somit der Politik eine bessere Grundlage für informierte Entscheidungen zum Schutz der Artenvielfalt zu bieten.

124 Regierungen und 1000 Experten beteiligen sich an IPBES. Der erste große Bericht des Gremiums zur Artenvielfalt von Bestäubern wurde im Februar 2016 veröffentlicht. Er sorgte für Aufsehen und unterstreicht die Bedeutung der Artenvielfalt für das menschliche Leben: 40 Prozent der bestäubenden Insekten sind vom Aussterben bedroht. Obst, Gemüse, Samen, Nüs-

se und Öle, aber auch Kaffee und Kakao sind von diesen Bestäubern abhängig; insgesamt zwischen 235 und 577 Milliarden US-Dollar der globalen Nahrungsmittelproduktion.

Die Verbindungen zwischen Mensch und Artenvielfalt sind deutlich. Deshalb war die ursprüngliche Idee bei der Gründung von IPBES: Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen – Naturwissenschaftler, Sozialwissenschaftler und Geisteswissenschaftler – sowie Vertreter indigener und lokaler Gemeinschaften sollten in diesem Gremium mitarbeiten. In der Realität sieht es anders aus. Schätzungen zufolge sind weniger als 10 Prozent der IPBES-Experten Sozialwissenschaftler. Wissenschaftler fordern aber eine Quote von mindestens 30 Prozent. Die ungleiche Verteilung spiegelt sich auch in der Biodiversitätsforschung insgesamt wider. Für Naturwissenschaftler stehen wesentlich mehr Forschungsgelder zur Verfügung, was wiederum den Pool der naturwissenschaftlichen Experten vergrößert.

Bislang werden 80 Prozent der Experten durch die Mitgliedsstaaten vorgeschlagen; 20 Prozent von Umwelt- und Wissenschaftsorganisationen. Es werden daher nur die Experten einbezogen, die bereits mit Regierungen zusammenarbeiten und als Biodiversitätsexperten anerkannt sind. Da die Terminologie der IPBES-Ausschreibungen sehr naturwissenschaftlich geprägt ist, fühlen sich bestimmte Wissenschaftsgruppen (z.B. Anthropologen oder Ethiker) nicht angesprochen. Doch das Gremium hat in seiner aktuellen Ausschreibung bereits umgesteuert. Über neue Netzwerke sollen auch Sozialwissenschaftler angesprochen und gewonnen werden. Letztlich liegt die Verantwortung dennoch wieder bei den Regierungen: Sie müssen die Experten nominieren.

Biodiversitätsforschung braucht Vielfalt. Um die Voraussetzungen für eine bessere Einbindung von Sozialwissenschaftlern zu gewährleisten, müssen dringend mehr Forschungsgelder für die sozialwissenschaftliche Dimension in der Biodiversitätsforschung bereitgestellt werden. Aber auch IPBES und die Mitgliedsstaaten müssen mehr Anstrengungen unternehmen, Experten zu mobilisieren und sorgfältig auszuwählen. IPBES hat den Anspruch, mit seinen Berichten und Bewertungen zukünftige Politik- und Forschungsagenden zu beeinflussen. Es wäre ein Zeichen, anzuerkennen, dass wir die globale Artenvielfalt nur schützen können, wenn wir auch die Vielfalt an Erfahrungen und wissenschaftlichen Methoden bei der Bearbeitung solcher weitreichender Fragestellungen zusammen bringen.